

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Montag, 21. Februar 2011 18:19
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Sammelmeldung 22.02.2011

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst<http://www.Plattform-EduCare.org>informationsdienst@Plattform-EduCare.org**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES
INFORMATIONSDIENSTES
VOM 21.02.2011 18:19:07**

**Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes
und Sympathisanten,**

**unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu
unterstützen.**

**Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein:
jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich
willkommen.**

**TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag
von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir
auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.**

**Konto-Nummer: 09726603500,
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group,
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
BIC: BKAUATWW.**

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement im Vorhinein sehr herzlich!

Die Plattform EduCare unterstützt

Wir hoffen, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht.

Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Unterstützungserklärungen können von **Montag, dem 28. Februar 2011** bis **Freitag, den 1. Juli 2011** unterfertigt werden. Ab dann liegen in rund 2400 Gemeindeämtern bzw. Magistratischen Bezirksämtern die rechtsgültigen Formulare auf.

Die Unterstützungserklärung kann **jeder österreichische Staatsbürger unterfertigen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht zum Nationalrat ausgeschlossen ist.**

Sie können das [Formular als PDF-Datei](#) auch herunterladen, selbst ausdrucken und die entsprechenden Daten ergänzen. **Die Unterschrift ist grundsätzlich erst in der Gemeinde bzw. erst bei dem Magistratischen Bezirksamt zu leisten, in der der Hauptwohnsitz besteht.**

Das Gemeindeamt (Magistratische Bezirksamt) übermittelt die unterfertigte und von der Gemeinde bestätigte Unterstützungserklärung an das Volksbegehren-Bildungsinitiative-Büro.

MEINUNG

[Haft oder Heim, gefangen sein oder verlassen werden – eine Zumutung - ANNELIESE ROHRER \(Die Presse\)](#)

TIP-THEMA

[Kinderfreunde: "Fremdenrechtsnovelle ist in Gesetz gegossenes Unrecht" - Kinderrechte werden mit Füßen getreten](#)

[Caritas fordert Rücknahme von neuem Fremdenrecht - Die Caritas fordert die Rücknahme der Verschärfungen im Fremdenrecht, die am Dienstag im Ministerrat beschlossen werden sollen. In einem offenen Brief an Innenministerin Fekter warnt Präsident Küberl, dass diese "dem Menschenrechtstest nicht standhalten und auf Kosten der betroffenen Menschen gehen".](#)

[Hader, Bock und viele andere protestierten vor Innenministerium - Caritas, Diakonie, SOS Kinderdörfer, Amnesty International stellen sich strikt gegen Novelle](#)

[Aufforderung zum "Veto"](#)
[Klage "nicht scheuen"](#)

[Ein Email an die MinisterInnen, jetzt! - Am 22. Februar beschäftigt sich der Ministerrat mit dem von der Innenministerin entworfenen FremdenUnrechtspaket. Sagen wir dem Bundeskanzler und den MinisterInnen, dass das nicht unser Gesetz ist!](#)

[Koalition verschärft das Fremdenrecht](#)

[Kinder in Schubhaft? Kritik an Fremdenrecht ebbt nicht ab](#)

[Fremdenrecht: Einigung vermutlich heute Abend](#)

[Fremdenrecht- Einigung vermutlich Montagabend](#)

[Alle Asyl-Werber 5 Tage in Haft](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[TU Graz bekommt Betreuungseinrichtung für 120 Kinder - Für Techniker-Nachwuchs zwischen 0 und 14 Jahren - Mit Labor und Werkstatt - Eröffnung im Herbst](#)

[Altersübergreifende Gruppen](#)

[Kindgerechtes Forschungslabor](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[LR Ragger: Schutz für unsere Kinder und Jugendlichen - Kärnten stimmt geplantem Kinder- und Jugendhilfegesetz zu](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Leichtfried: Neue Mittelschule der 10- bis 14-Jährigen in NÖ umsetzen](#)

□BERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Linz - Presse - Linzer Kindergarten Bedarfsprognose - 582 neue ...](#)

SALZBURG

[Meldungen:](#)

[Neue AK-Frauenreferentin](#)

[Tina Widmann: Schweigsame Neolandesrätin](#)

[3,6 Mio. Euro vom Bund für Jugendwohlfahrt](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)

[Sonntagsblatt - Jung und Alt vereint](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

V□RARLBERG

[Meldungen:](#)

[Jugendwohlfahrt: Geldzuschuss vom Bund](#)

WIEN

[Meldungen: keine](#)

ELEMENTARBILDUNG

[Bertelsmann Stiftung arbeitet an einem Finanzierungssystem für ...](#)

GENDER

[Aus dem Vorlesungsverzeichnis der UNI Wien: Gender im Sommersemester 2011](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

[Auftakt zum NAP "Nationaler Aktionsplan Behinderung"](#)

JUGENDWOHLFAHRT

[Ministerium plant einheitliche Standards bei Jugendwohlfahrt ...](#)

[Jugendwohlfahrt: Geldzuschuss vom Bund](#)

[Fortschritt beim Bundes- Kinder- und Jugendhilfegesetz](#)

[Staatssekretärin Remler: "Wichtiges Etappenziel zum besseren Schutz unserer ...](#)

[Windbüchler zu Jugendwohlfahrt: Aktueller Entwurf ist nicht das Gelbe vom Ei](#)

[Jugendwohlfahrt - Lueger: Kinderschutz geht vor](#)

KINDERRECHTE

[EU will Kinderrechte vor Gericht stärken](#)

MONTESSORI

[REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN](#)

[KOSTENLOSER INFORMATIONSBABEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK](#)

[ZERTIFIKATSLEHRGANG: Sensorische Integration für Montessori-PädagogInnen](#)

WALDORF

[Rudolf Steiner: Schulreformer, Esoteriker, Philosoph](#)

[Gedanken für den Tag *](#)

[Aspekte der Anthroposophie: 2. Ästhetik](#)

[Aspekte der Anthroposophie: 1. Weltbild](#)

[Prophet im Gehrock](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Haft oder Heim, gefangen sein oder verlassen werden – eine Zumutung - ANNELIESE ROHRER (Die Presse)

Die Novelle zum Fremdenrecht soll am Dienstag von der Regierung beschlossen werden. Nicht nur Experten sind entsetzt von dem Entwurf aus dem Ressort der christlichen Familienpartei ÖVP.

Kennen Sie Herrn Helmut Uttenthaler aus berösterreich? Nein? Dann haben Sie ein Informationsdefizit im Vergleich zu Bundespräsident Heinz Fischer und den meisten anderen Spitzenpolitikern. Herr Uttenthaler hat sie alle nämlich diese Woche wieder mit

einem Protestmail beehrt. Dieses Mal wegen der „neuen menschenverachtenden Winkelzüge“ des geplanten Fremdenrechtspakets. Es soll am Dienstag den Ministerrat passieren.

Einer der vielen „Gutmenschen“ des linken Spektrums also? Mitnichten. Herr Uttenthaler war Angestellter beim Bundesheer, bevor er als „Hackler“ in Pension ging. Zur geplanten Novelle meint er: „Die ticken doch nicht richtig.“ Die sind jene Politiker, die akzeptieren, dass künftig Eltern ohne Aussicht auf Asyl ihre Kinder mit in die Schubhaft nehmen oder der Fürsorge übergeben müssen.

„Die“ sind aber auch die Beamten des Innenministeriums und der Fremdenpolizei. Man merkt die Absicht und muss verstimmt sein: Um sich medialen Druck und Empörung über Kinder in Schubhaft zu ersparen, scheut man vor einer Entscheidung zurück. Sollte es in Zukunft Bilder von Kindern in Gefängnissen geben, seien eben deren Eltern schuld. Diesen wird in einer traumatisierten Situation die Entscheidung für ihre Kinder aufgebürdet: Haft oder Heim, gefangen sein oder verlassen werden.

Für Familien-Schubhaft ist man im christlichen Familienministerium der ÖVP offenbar zu feig (wegen der schlechten Presse), für andere Aufenthaltsformen vor der Abschiebung nach erfolglosem Asylantrag zu fantasielos. Panikartig wird also versucht, jede Chance auf Aufenthalt zu verhindern.

Wie kann es zu einem Gesetzesentwurf kommen, der in den Augen der Präsidentin der Liga für Menschenrechte, Barbara Helige, „bitterbösen Zynismus“, in den Augen des Amnesty-Vorsitzenden Heinz Patzelt eine neue „Qualität an Bösartigkeit“ beinhaltet, „pervers und widerwärtig“ ist? Helige glaubt, dass alle mit Asyl- und Fremdenfragen Beschäftigten in einer „verquerten Welt im eigenen Saft braten“ und ihre Freunde von der SPÖ sich bereits in die „Geisteswelt der FPÖ“ verabschiedet hätten.

Zudem gilt in der Beamtenschaft die Arbeit bei der Fremdenpolizei und im Asylbereich als „unterprivilegiert“ und nicht attraktiv, weshalb dort ein eklatanter Qualitätsmangel herrscht.

Ein Vorschlag, wie endlich gute Beamte in diesen sensiblen Bereich zu bringen wären: mit einem verlockenden Angebot bei der Entlohnung außerhalb des Schemas, als Kompensation für die unpopuläre und schwierige Arbeit. Im Erfinden von Zulagen ist man im öffentlichen Dienst ja immer fantasievoll. In diesem Fall hätte Fantasie eine positive Wirkung.

Noch ist die Vernunft nicht verloren. Abgeordnete von SPÖ und ÖVP im Nationalrat können die perfide Vorgangsweise verhindern, Eltern in der Fremde die Verantwortung zuzuschieben, vor der sich die Politik drückt. Und sie können andere Bestimmungen ebenfalls verändern. Patzelt kennt die Ausreden der Mandatäre im Nachhinein: Man habe das nicht gewusst, man fühle sich ohnehin schlecht, man sei überlastet, müsse sich auf die Klubführung verlassen.

Im Fall der Fremdenrechtsnovelle sollen die Abgeordneten weder müssen noch dürfen. Wenn das Gesetz so durchgeht, müssen wir über unsere Einstellung zu Kindern reden.

Reaktionen senden Sie bitte direkt an: debatte@diepresse.com

<http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/annelieserohrer/635434/Haft-oder-Heim-gefangen-sein-oder-verlassen-werden-eine-Zumutung>

TOP-THEMA

Kinderfreunde: "Fremdenrechtsnovelle ist in Gesetz gegossenes Unrecht"

- Kinderrechte werden mit Füßen getreten

Wien (OTS) - Die Österreichischen Kinderfreunde kritisieren scharf, dass unter dem Mäntelchen der Rot-Weiß-Rot-Card erneut fremdenrechtliche Verschärfungen durchgesetzt werden sollen. Die geplante Novelle zeuge von einer brutalen Anti-Ausländer-Haltung, die mit Humanität, Gerechtigkeit und Kinderrechten nichts zu tun hat, erklärt Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Österreichischen Kinderfreunde.

Das geplante Fremdenrechtspaket sieht unter anderem Verschärfungen im Bereich der Schubhaft vor: In Zukunft sollen bis zu 18 Monate Schubhaft verhängt werden können, derzeit sind es maximal 10 Monate. Das sogenannte "Gelindere Mittel" soll für Kinder und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nicht mehr vorrangig angewendet werden. "Mit dieser Regelung werden vermehrt Kinder in Schubhaft kommen, Kinder die kein Verbrechen begangen haben. Wenn hier Schutzbestimmungen für Flüchtlingskinder abgeschafft werden, steht das diametral gegen die Intentionen der UN Kinderrechte. Wir bleiben dabei, dass Kinder nicht ins Gefängnis gehören", so Rammer. Den Kinderfreunden stößt besonders jener Paragraph auf, der die Schubhaft von Familien mit Kindern regelt: "Es zeugt von unglaublichem Zynismus der Ministerin Fekter, dass Eltern wählen sollen, ob sie ihre Kinder mit ins Gefängnis nehmen oder ob sie sich von ihren Kindern trennen und diese ins Heim kommen. Wie kann man Eltern vor so eine Wahl stellen?", fragt Rammer.

Ebenfalls "hochproblematisch" ist in diesem Zusammenhang, dass Eltern, die nicht ausdrücklich darauf bestehen, ihre Kinder mit in Schubhaft zu nehmen, sozusagen automatisch das Sorgerecht entzogen wird.

Rammer abschließend: "Das Paket muss nochmals aufgeschnürt werden. Wir fordern vehement, dass diese Verschärfungen nicht beschlossen werden. Wir rufen alle ParlamentarierInnen, die eben erst ein Verfassungsgesetz für Kinderrechte beschlossen haben auf, ihre Zustimmung zu diesem Gesetz zu verweigern.

Rückfragehinweis:

Gernot Rammer, Tel.: 01 / 512 12 98 – 52

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Caritas fordert Rücknahme von neuem Fremdenrecht - Die Caritas fordert die Rücknahme der Verschärfungen im Fremdenrecht, die am Dienstag im Ministerrat beschlossen werden sollen. In einem offenen Brief an Innenministerin Fekter warnt Präsident Küberl, dass diese "dem Menschenrechtstest nicht standhalten und auf Kosten der betroffenen Menschen gehen".

In Regierungskreisen ging man am Sonntag dennoch von einem Beschluss aus.

Die Regierungsvorlage "hat aus Sicht der Caritas weitreichende, negative Auswirkungen auf die Rechte von Flüchtlingen und Migranten in Österreich", warnte Küberl, der die nun ebenfalls zum Beschluss anstehende Anwesenheitspflicht für Asylwerber in der Vergangenheit als "vollkommen überzogen" bezeichnet hat. "Es ist noch nicht zu spät, diese geplanten Verschärfungen zurückzunehmen", so der Caritas-Präsident.

Der Gesetzesentwurf enthalte den vorliegenden Informationen zufolge gegenüber dem Begutachtungsentwurf leichte Verbesserungsvorschläge, so Küberl. Der Großteil der geplanten besorgniserregenden Neuerungen, wie verschärfte Schubhaftregelungen auch für Kinder, die unzureichende Regelung der Rechtsberatung für Asylsuchende und zahlreiche integrationshemmende und familienfeindliche Bestimmungen seien jedoch beibehalten worden, kritisierte er.

Unterdessen stößt die von SOS Mitmensch initiierte E-Mail-Protestaktion auf großes Echo. Innerhalb von fünf Tagen hätten mehr als 10.000 Menschen ein Schreiben an die Bundesregierung gerichtet und sie aufgefordert, das "Unrechtspaket" der Innenministerin zu stoppen, hieß es in einer Aussendung.

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Inneres-Asyl-Auslaender-Regierung-Kirchen-Caritas;art385,558882>

Hader, Bock und viele andere protestierten vor Innenministerium - Caritas, Diakonie, SOS Kinderdörfer, Amnesty International stellen sich strikt gegen Novelle

Menschenrechts- und Hilfsorganisationen haben am Montag an einzelne Minister der Bundesregierung appelliert, dem geplanten Fremdenrechtspaket im Ministerrat am Dienstag ihre Zustimmung zu verweigern. Er richte sich mit seinem Appell nicht an die zuständige Innenministerin Maria Fekter, sondern vielmehr an deren Kollegen, sagte Diakonie-Direktor Michael Chalupka auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Caritas-Wien-Direktor Michael Landau, Amnesty International Österreich-Generalsekretär Heinz Patzelt und SOS-Kinderdorf-Geschäftsführer Christian Moser.

Vor allem der Plan, Eltern künftig vor die Wahl zu stellen, die Kinder mit in die Schubhaft zu nehmen oder sie den Behörden zu überlassen, wurde scharf kritisiert. Patzelt nannte dies "niederträchtig, böse, jenseitig und unbegreiflich". Der Amnesty-Generalsekretär kritisierte darüber hinaus auch Bestimmungen betreffend der Rechtsberatung: Laut Entwurf sei vorgesehen, dass die Berater "zur Objektivität verpflichtet" seien; dies sei "völlig lächerlich", denn jeder Rechtsvertreter sei in erster Linie seinem Klienten verpflichtet.

Aufforderung zum "Veto"

Der Appell, gegen das Gesetz im Ministerrat ein "Veto" einzulegen, richte sich insbesondere an Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Sozialminister Rudolf Hundstorfer sowie an Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Außenminister Michael Spindelegger, sagte Chalupka. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Bestrebungen Spindeleggers, für Österreich einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat zu bekommen. Landau forderte namentlich Familienstaatssekretärin Verena Remler dazu auf, "ihr Schweigen zu brechen". Außerdem appellierten die Hilfsorganisationen an die einzelnen Nationalratsabgeordneten, dem Gesetz im Parlament ihre Zustimmung zu verweigern.

Landau sprach von einem "zynischen" Gesetz, das Eltern vor die Wahl stelle, entweder ihre Kinder mit ins Gefängnis zu nehmen oder ins Heim zu geben und forderte den Einsatz eines gelinderen Mittels. Dafür gebe es bereits jetzt entsprechende Einrichtungen, auch bei der

Caritas. Konkret würden dabei Familien in einer Einrichtung wohnen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei melden.

Klage "nicht scheuen"

Patzelt stellte rechtliche Schritte in Aussicht, sollte das Paket wie geplant beschlossen werden. Die vorgesehenen Regelungen würden sowohl EU-Richtlinien und auch in manchen Punkten der österreichischen Verfassung widersprechen, man werde Klagen "bestimmt nicht scheuen", sagte er.

Vor dem Innenministerium hielt die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch in der Früh eine Kundgebung ab. Vorsitzende Nadja Lorenz übergab gemeinsam mit weiteren prominenten Unterstützern - darunter Kabarettist Josef Hader und Flüchtlingshelferin Ute Bock - "Unrechtspakete" an Vertreter des Innenministeriums. Die rund 50 bis 100 Teilnehmer forderten die Rücknahme des Gesetzesentwurfs. Lorenz sagte, man hoffe noch auf eine Änderung, bei der SPÖ würde sich ja bereits "die eine oder andere Stimme" regen. (APA)

<http://derstandard.at/1297818520539/Fremdenrecht-Hader-Bock-und-viele-andere-protestierten-vor-Innenministerium>

Ein Email an die MinisterInnen, jetzt! - Am 22. Februar beschäftigt sich der Ministerrat mit dem von der Innenministerin entworfenen FremdenUnrechtspaket. Sagen wir dem Bundeskanzler und den MinisterInnen, dass das nicht unser Gesetz ist!

Es ist ganz einfach: Zuerst [hier klicken](#). Anschließend den untenstehenden Text ins Mail kopieren. Abschicken. Weiter sagen. PS: Das Email geht auch an das SOS Mitmensch Koordinationsbüro, damit wir den Medien sagen können wie viele Menschen an der Email-Aktion teilgenommen haben.

Mac-UserInnen, bitte die Strichpunkte zwischen den Email-Adressen durch einfache Beistriche ersetzen.

Für alle, die Webmailprogramme wie Gmail, Gmx, Yahoo, etc. verwenden: Bitte die folgenden Email-Adressen ins Mail kopieren und als Betreff "Das ist nicht unser Gesetz!" verwenden:

werner.faymann@bka.gv.at, josef.proell@bmf.gv.at,
 buero.berlakovich@lebensministerium.at, alois.stoeger@bmg.gv.at,
 minister.justiz@bmj.gv.at, doris.bures@bmvit.gv.at, norbert.darabos@bmlvs.gv.at,
 gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at, briefkasten@bmask.gv.at,
 reinhold.mitterlehner@bmwfj.gv.at, claudia.schmied@bmukk.gv.at,
 michael.spindelegger@bmeia.gv.at, beatrix.karl@bmwf.gv.at, maria.fekter@bmi.gv.at,
 office@sosmitmensch.at (ganz wichtig, dass das Mail auch an uns geht, damit wir wissen wie viele Protestmails abgeschickt wurden!)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
 Sehr geehrter Herr Vizekanzler,
 Sehr geehrte MinisterInnen,

Landauf und landab sind sich alle MenschenrechtsexpertInnen einig darin, dass das geplante Fremdenrechtspaket zu massiven Verschlechterungen führen wird – nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern für das Zusammenleben aller Menschen in Österreich. Wenn Kinder von ihren Eltern getrennt, Minderjährige in Schubhaft gesteckt und Ängste und

Unsicherheiten bei Menschen, die schon viele Jahre hier leben, geschürt werden, dann bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf das Klima im Land.

Daher meine Frage an Sie: Wollen Sie sich wirklich später einmal dafür rühmen, dass Sie ein Gesetzespaket mitbeschlossen haben, das Kinder, Jugendliche und Erwachsene unnötig ins Gefängnis sperrt, Familien auseinander reißt und Existenzen gefährdet? Das kann doch nicht der Grund sein, warum Sie sich entschieden haben, ein wichtiges politisches Amt auszuüben.

Deshalb möchte ich Sie dazu auffordern, dem Gesetzespaket nicht Ihre Zustimmung zu geben und auch gegenüber Ihren MinisterkollegInnen deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass ein destruktives und destabilisierendes Fremdenrecht keinen Platz in einem demokratischen Rechtsstaat hat.

Mit freundlichen Grüßen,

.....

Danke fürs Mitmachen! Und bitte weiter sagen: denn nur gemeinsam können wir etwas bewegen!

Ihr SOS Mitmensch Koordinationsbüro

➔ [Informationen zum Inhalt des FremdenUnrechtspakets finden Sie hier.](#)

➔ [Den SOS Mitmensch Newsletter gibt es hier.](#)

➔ [Für die Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch spenden.](#)

Koalition verschärft das Fremdenrecht

Kurier -

Nach Wochen ohne Beschlüssen im Ministerrat will die Regierung heute klotzen statt kleckern: In einem Aufwaschen mit einem neuen Zuwanderungsmodell ("Rot-Weiß-Rot-Card") wollen SPÖ und ÖVP das Fremdenrecht verschärfen. Für Asylwerber gibt es keine ...

Kinder in Schubhaft? Kritik an Fremdenrecht ebbt nicht ab

ORF.at -

Als „bitterbösen Zynismus“ und „völlig lächerlich“ haben Vertreter von Menschenrechtsorganisationen die geplanten Verschärfungen beim Fremdenrecht kritisiert. Sie fordern die Regierung auf, gegen den Gesetzesentwurf ein „Veto“ einzulegen. ...

Fremdenrecht: Einigung vermutlich heute Abend

tt.com - Wo's Click macht

Bei der Rot-Weiß-Rot-Card, über die künftig die Zuwanderung ohne Quoten kriteriengeleitet organisiert werden soll, ist man nach Angaben aus Koalitionskreisen offenbar ebenso einig wie bei der so genannten Mitwirkungspflicht, die Asylwerber zu Beginn ...

Fremdenrecht- Einigung vermutlich Montagabend

Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal

Das neue Fremdenpaket dürfte noch am Montag zugeschnürt und am Dienstag im

Ministerrat beschlossen werden. Bei der Rot- Weiß- Rot- Card, über die dann die Zuwanderung ohne Quoten kriteriengeleitet organisiert werden soll, ist man laut Koalitionskreisen ...

Alle Asyl-Werber 5 Tage in Haft

oe24.at (Pressemitteilung)

Mit der neuen Rot-Weiß-Rot-Card drückt ÖVP-Innenministerin Maria Fekter auch die Anwesenheitspflicht für Asylwerber durch. Es ist so gut wie fix: Morgen wird der Ministerrat ein Riesen-Fremdenpaket beschließen, nicht zuletzt, ...

BETRIEBSKINDERGARTEN

TU Graz bekommt Betreuungseinrichtung für 120 Kinder - Für Techniker-Nachwuchs zwischen 0 und 14 Jahren - Mit Labor und Werkstatt - Eröffnung im Herbst

Graz - Dem ganz jungen Techniker-Nachwuchs wird an der Technischen Universität Graz (TUG) jetzt mehr Platz eingeräumt: Im "Haus des Kindes" sollen auf rund 1.500 Quadratmetern die Kinder von Studierenden und Angehörigen der TUG von quasi Geburt an bis zum 14. Lebensjahr betreut werden. Eröffnet wird die Betreuungseinrichtung für rund 120 Kinder am Campus Inffeld in Graz-Jakomini im Herbst, hieß es anlässlich der Gleichfeier am Donnerstag.

Jeder zehnte Hochschüler in Österreich studiert mit Kind, zeigt ein Blick auf die jüngste Studierenden-Sozialerhebung (2009). Das Vorankommen im Studium, aber auch in der späteren Uni-Karriere ist von der Verfügbarkeit entsprechend flexibler Kinderbetreuungseinrichtungen abhängig. Aber auch dem Personal an der TUG soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden.

Altersübergreifende Gruppen

Das "Haus des Kindes" wird daher ab dem Studienjahr 2011/12 sowohl stundenweise Kinderbetreuung (ab 0 bis zwölf Jahre), eine Kinderkrippe für die Sprösslinge bis drei Jahre und zwei "Kinderhäuser" anbieten. In den "Kinderhäusern" spielen Kinder im Alter von 18 Monaten bis zum Ende der Schulpflichtzeit gemeinsam. "Wir verstehen uns als offenes Haus, altersübergreifende Gruppen fördern das soziale Lernen", erklärt Silke Korger, Kinderbetreuungsbeauftragte der TUG. Betrieben wird die Einrichtung, die auch in den Ferien offen hält, von der "Volkshilfe Steiermark".

Kindgerechtes Forschungslabor

Inhaltlich hat man sich dem Schwerpunkt "Naturwissenschaft und Technik" verschrieben: So werden im "Marie Curie Zimmer" ein kindergerechtes Forschungslabor und eine Werkstatt eingerichtet und den Kindern viel Raum zum Experimentieren und Entdecken geboten werden. Hier soll der konzeptionelle Schwerpunkt "Gender and Diversity" besonders gut zum Tragen kommen: "Die Kinder sollen sich nicht von stereotypen Vorstellungen einengen lassen, sondern ihren Interessen unabhängig vom Geschlecht folgen", so Kroger.

Im kommenden Juli soll das zweistöckige Gebäude, das von der Bundesimmobiliengesellschaft im rund fünf Millionen Euro errichtet wird, fertiggestellt sein. Es ist von Gartenflächen umgeben, auf denen im Laufe der Jahre ein Erlebnispark entstehen soll. (APA)

<http://derstandard.at/1297216029215/TU-Graz-bekommt-Betreuungseinrichtung-fuer-120-Kinder>

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

LR Ragger: Schutz für unsere Kinder und Jugendlichen - Kärnten stimmt geplantem Kinder- und Jugendhilfegesetz zu

Klagenfurt (OTS/LPD) - Kärntens Sozialreferent LR Christian Ragger signalisierte heute, Montag, nach dem Bund-Ländergespräch bei Familienstaatssekretärin Verena Remler Zustimmung zum geplanten Kinder- und Jugendhilfegesetz: "Kärnten wird sich mit der Zustimmung zu diesem Gesetz seiner besonderen Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen bewusst." Das derzeit geltende Jugendwohlfahrtsgesetz sei 22 Jahre alt und bedürfe dringend einiger Ergänzungen. Für Ragger ist der von Remler vorgelegte Entwurf ein akzeptabler Kompromiss.

Zwei Dinge sind für Ragger wesentlich. Erstens das Vier-Augen-Prinzip bei der Abklärung der sensiblen und schwierigen Frage, ob ein Kind aus einem problematischen Elternhaus genommen werden muss. "Das ist für die Sozialarbeiter immer eine Gratwanderung und wir müssen ihnen diese Last ein wenig erleichtern, indem eine zweite Fachmeinung vorgesehen wird", betonte Ragger. Natürlich werde das etwas kosten. Er werde jedenfalls versuchen, die nötigen Mittel, rund 500.000 Euro, in Kärnten durch Umschichtungen im

45-Millionen-Budget der Jugendwohlfahrt aufzubringen.

Der zweite bedeutende Punkt sei die bessere Vernetzung der Jugendwohlfahrtsbehörden mit Schule, Kindergarten und Exekutive. "Wenn es um das Wohl der Kinder geht, müssen wir festlegen, wie Mitteilungen zu erfolgen und nach welchem Muster diese zu erstatten sind", so Ragger. Es sei unabdingbar, dass jene Sozialarbeiter, die mit der Gefährdungsabklärung betraut sind, auch umfassenden Zugang zu allen relevanten Informationen und Daten erhalten. "Kinderschutz muss hier klar vor Datenschutz stehen", lautet die Linie des Sozialreferenten.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Kärntner Landesregierung, Landespressedienst

Tel.: 05- 0536-22 852

<http://www.ktn.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen:

Leichtfried: Neue Mittelschule der 10- bis 14-Jährigen in NÖ umsetzen

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, ein klares Signal in Richtung eines fairen, effizienten und weltoffenen Bildungssystems zu setzen", verweist Leichtfried auf das bevorstehende Bildungsvolksbegehren "Österreich darf nicht sitzen bleiben". ...

BERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Linz - Presse - Linzer Kindergärten Bedarfsprognose - 582 neue ...

von peter.hirhager@mag.linz.at (Peter Hirhager)

Die neuen Kindergartenplätze garantieren die Vollversorgung bis 2015.

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Neue AK-Frauenreferentin

Salzburg.at

Frauen verdienen für die gleiche und gleichwertige Arbeit in der AK nicht weniger als Männer, es gibt einen Betriebskindergarten, der qualitativ sehr ...

Tina Widmann: Schweigsame Neolandesrätin

derStandard.at

Sie wollten mit Widmann beispielsweise über eine Änderung für das verpflichtende Kindergartenjahr sprechen. In Salzburg müsse dieser Kindergartenbesuch ...

3,6 Mio. Euro vom Bund für Jugendwohlfahrt

[Salzburger Nachrichten](http://SalzburgerNachrichten)

Der Bund verspricht den Ländern im Zuge der Umsetzung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes einmalig eine Anschubfinanzierung von 3,6 Mio. Euro. Das gab Familienstaatssekretärin Remler nach der Verhandlungsrunde im APA-Gespräch an. ...

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Sonntagsblatt - Jung und Alt vereint

Die über 300 steirischen Tagesmütter und vier Tagesväter schauen gewöhnlich auf vier ...
Die Tagesmütter Graz-Steiermark in der Keesgasse 10/I, 8010 Graz, ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Jugendwohlfahrt: Geldzuschuss vom Bund

ORF.at

Vorarlberg hat dem aktuellen Gesetzesentwurf zugestimmt. Die Jugendwohlfahrtstellen in den Bezirkshauptmannschaften werden mit vier neuen Dienstposten verstärkt. Das Land werde kommende Woche die neuen Stellen ausschreiben, kündigt Soziallandesrätin ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

ELEMENTARBILDUNG

Bertelsmann Stiftung arbeitet an einem Finanzierungssystem für ...

bildungsklick.de

Von Gerhard Stranz Die Bertelsmann Stiftung berichtete über Arbeiten, "im Rahmen des Projektes 'Finanzierung der Elementarbildung' eine ...

GENDER

Aus dem Vorlesungsverzeichnis der UNI Wien: Gender im Sommersemester 2011

Die Ringvorlesung "Gewalt und Handlungsmacht" ist ein besonderes "Zuckerl" zum Thema Gender und Feminismus im Sommersemester 2011 und steht allen Interessierten offen. Im Rahmen der von Susanne Hochreiter, Eva Kreisky und den TeilnehmerInnen des Gender Initiativkollegs organisierten Ringvorlesung kommt eine Vielzahl an internationalen ExpertInnen zu Wort. "uni:view" hat noch weiter im Vorlesungsverzeichnis geblättert und eine kleine, feine Auswahl an themenrelevanten Vorlesungen zusammengestellt.

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Auftakt zum NAP "Nationaler Aktionsplan Behinderung"

Am 15. Februar fand die erste Arbeitstagung zum "NAP Behinderung" in Wien mit 200 Teilnehmern statt. Albert Brandstätter hat die wichtigsten Punkte zusammengefasst.

[Mehr ...](#)

JUGENDWOHLFAHRT

Ministerium plant einheitliche Standards bei Jugendwohlfahrt ...

Für Gefährdungsabklärung sollen Kriterien und Vier-Augen-Prinzip geschaffen werden - Verhandlungen am Montag in Wien.

Jugendwohlfahrt: Geldzuschuss vom Bund

ORF.at

In die Diskussion über ein neues Jugendwohlfahrts-Gesetz kommt Bewegung. Zur finanziellen Unterstützung der Länder speziell bei der Ausweitung des Vier-Augen-Prinzips stellt der Bund 3,5 Millionen Euro Anschubfinanzierung in Aussicht. ..

Fortschritt beim Bundes- Kinder- und Jugendhilfegesetz

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/VLK) - Bund und Länder haben wichtige Fortschritte in Richtung eines Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes erzielt. So resumiert Landesrätin Greti Schmid das heutige (Montag) Gespräch der Ländervertreterinnen und -vertreter mit ...

Staatssekretärin Remler: "Wichtiges Etappenziel zum besseren Schutz unserer ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Utl.: Fünf Bundesländer stimmen Gesetzesentwurf bereits heute zu - Weitere Schritte sollen zur Umsetzung bis zum Sommer 2011 führen!" - Bund leistet 3,6 Millionen Euro Anschubfinanzierung = Wien (OTS/BMWFJ) - "Es ist unser gemeinsamer Auftrag, ...

Windbüchler zu Jugendwohlfahrt: Aktueller Entwurf ist nicht das Gelbe vom Ei

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Außerdem muss gewährleistet sein, dass MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt nicht nur Feuerwehr in Akutfällen spielen, sondern wirklich langfristig und präventiv

Jugendwohlfahrt - Lueger: Kinderschutz geht vor

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS/SK) - Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen darf es nicht vorrangig um die Kostenfrage gehen. Das stellte am Montag SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger anlässlich der Verhandlungen zum Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz fest. ...

KINDERRECHTE

EU will Kinderrechte vor Gericht stärken

Die EU-Kommission in Brüssel will offenbar die Rechte von Kindern vor Gericht künftig

besser schützen. Laut einem Medienbericht plant sie dafür Vorgaben für ...

MONTESSORI

REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN

Bekanntes und Neues für das Montessori-Kinderhaus. Auffrischung des Gelernten, neue Impulse oder Schnupperabend für Montessori-Neulinge.

Montag, 28. Februar 2011, 18.30 Uhr

Thema: Rechnen mit einstelligen Zahlen

KOSTENLOSER INFORMATIONSPRESENTATION ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK

Kurzvorstellung der Montessori-Pädagogik und Montessori-Literatur sowie Informationen zur Montessori-Diplomausbildung. Natürlich gibt es ausreichend Zeit für Ihre Fragen und Wünsche.

Dienstag, 1. März 2011, 19 Uhr, Eintritt frei

ZERTIFIKATSLEHRGANG: Sensorische Integration für Montessori-PädagogInnen

Die 1-jährige Fortbildung widmet sich der Frage, wie wir unsere Pädagogik im Dienste von Kindern mit Wahrnehmungsbesonderheiten ausschöpfen können und wo wir die Grenze zur Therapie ziehen müssen.

Start: 22. November 2011

Montessori-Zentrum

Hüttelbergstraße 5

A-1140 Wien

Montag bis Freitag

9 - 17 Uhr geöffnet

Tel.: +43 (0)1 911 69 69

Fax: +43 (0)1 911 69 69-20

www.montessori.at

WALDORF

Rudolf Steiner: Schullehrer, Esoteriker, Philosoph

DiePresse.com

Vor 150 Jahren wurde Rudolf Steiner geboren. Seine Erfahrungen, sein Leben in einer Zeit gewaltiger Umbrüche waren die Basis für seine Lehre, die bis heute nicht nur die Pädagogik prägt. Das Beil erschien in Form einer Schulpsychologin: „Ihre Tochter ...

Gedanken für den Tag *

ORF.at

"Der Mensch kann immer freier und freier werden". Zum 150. Geburtstag Rudolf Steiners.

Von Leonhard Weiss Leonhard Weiss ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am "Zentrum für Kultur und Pädagogik" in Wien und Lehrer an der Rudolf Steiner Landschule ...

Aspekte der Anthroposophie: 2. Ästhetik

hr online

Der legendäre Schweizer Kurator Harald Szeemann hatte Rudolf Steiner in die Riege der Künstler mit "Hang zum Gesamtkunstwerk" aufgenommen. Das Denken in Formen und Farben war für Steiner zentral. Moderne Künstler wie Joseph Beuys berufen sich auf ihn. ...

Aspekte der Anthroposophie: 1. Weltbild

hr online

Seine Anhänger verehren Rudolf Steiner, den Begründer der Anthroposophie, als weisen, gütigen Lehrer, als Universalgenie. Doch Steiner ist auch höchst umstritten. Sie haben Wissenswert verpasst oder wollen die Sendungen unabhängig von der Sendezeit ...

Prophet im Gehrock

Tagesspiegel

Anthroposophische Architektur. Das erste Goetheanum in Dornach in der Schweiz. Foto: Ullstein - Foto: ullstein bild Am 27. Februar 2011 ist der 150. Geburtstag von Rudolf Steiner. Aus diesem Anlass plant das Goetheanum im schweizerischen Dornach eine ...

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ **Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen** ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.